

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 36

Ausgegeben Danzig, den 19. Mai

1923

Inhalt. Gesetz betreffend Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem Internationalen Opiumabkommen vom 23. Januar 1912 (S. 571). — Vorläufiges Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1923 (S. 586). — Zweites vorläufiges Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1923 (S. 587). — Verordnung betreffend Aenderung der Telegraphengebühren im Verkehr mit Polen (S. 589). — Verordnung betreffend Aenderung der Fernspreckgebühren im Verkehr mit Polen (S. 590).

173 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

betreffend Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem Internationalen Opiumabkommen vom 23. Januar 1912. Vom 2. 5. 1923.

Einziger Artikel.

Dem Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem im Haag am 23. 1. 1912 abgeschlossenen Internationalen Opiumabkommen wird zugestimmt.

Danzig, den 2. Mai 1923.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahm.

Dr. Schwartz.

Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht:

Internationales Opiumabkommen.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs; der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika; Seine Majestät der Kaiser von China; der Präsident der Französischen Republik; Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der Britischen überseeischen Lande, Kaiser von Indien; Seine Majestät der König von Italien; Seine Majestät der Kaiser von Japan; Ihre Majestät die Königin der Niederlande; Seine Kaiserliche Majestät der Schah von Persien; der Präsident der Portugiesischen Republik; Seine Majestät der Kaiser aller Rußen; Seine Majestät der König von Siam,

von dem Wunsche geleitet, auf dem von der Internationalen Opiumkommission in Schanghai im Jahre 1909 eingeschlagenen Wege fortzuschreiten;

entschlossen, die allmähliche Unterdrückung des Mißbrauchs von Opium, Morphin, Kokain sowie solcher Zubereitungen und Abkömmlinge dieser Stoffe, welche zu ähnlichen Mißbräuchen Anlaß geben oder Anlaß geben können, herbeizuführen;

in der Erkenntnis der Notwendigkeit und des wechselseitigen Nutzens einer internationalen Verständigung über diesen Gegenstand;

in der Überzeugung, daß diesem humanitären Bestreben alle interessierten Staaten einmütig beitreten werden,

haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu treffen, und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen:

Seine Excellenz Herrn Felix von Müller, Ihren Wirklichen Geheimen Rat, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag;

Herrn Delbrück, Ihren Geheimen Oberregierungsrat;

(Ächter Tag nach Ablauf des Ausgabebetages: 27. 5. 1923).

Herrn Dr. Grunenwald, Ihren Wirklichen Legationsrat;
 Herrn Dr. Kerp, Ihren Geheimen Regierungsrat, Direktor im Kaiserlichen Gesundheitsamt;
 Herrn Dr. Köhler, Kaiserlichen Konsul in Kanton.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika:

Herrn Bischof Charles S. Brent;
 Herrn Hamilton Bright;
 Herrn S. F. Finger.

Seine Majestät der Kaiser von China:

Seine Excellenz Herrn Liang Ch'eng, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin.

Der Präsident der Französischen Republik:

Herrn Henri Brenier, Beratender Inspekteur der landwirtschaftlichen und Handelsverwaltung von Indochina;
 Herrn Pierre Guesde, Verwalter des Zivildienstes von Indochina.

Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der Britischen überseeischen Lande, Kaiser von Indien:

den Right Honourable Sir Cecil Clementi Smith, G. C. M. G., Mitglied des Geheimen Rats;
 Sir Williams Stevenson Meyer, K. D. J. C., Cheffsekretär der Regierung von Madras;
 Herrn William Grenfell Max-Müller, G. B., M. B. D. Ihren Botschaftsrat;
 Sir William Job Collins, M. D. stellvertretenden Abgeordneten der Graffschaft London.

Seine Majestät der König von Italien:

Seine Excellenz den Grafen J. Salier de la Tour, Herzog von Calvello, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag;
 Herrn Professor Rocco Santoliquido, Deputierten des Parlaments, Generaldirektor des öffentlichen Gesundheitswesens.

Seine Majestät der Kaiser von Japan:

Seine Excellenz Herrn Nimaro Sato, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag;

Herrn Dr. Tomoe Takagi, Ingenieur des Generalgouvernements von Formosa;
 Herrn Dr. Kotaro Nishizaki, technischen Spezialisten, attachiert dem Laboratorium des Gesundheitsdienstes.

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:

Herrn J. T. Cremer, Ihren ehemaligen Minister der Kolonien, Präsidenten der Niederländischen Handelskompagnie;

Herrn C. Th. van Deventer, Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten;
 Herrn A. A. de Jongh, ehemaligen Generalinspektor, Chef der Opiumregie von Niederländisch-Indien;
 Herrn J. G. Scheurer, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten;
 Herrn W. G. van Bettum, Inspektor der Opiumregie von Niederländisch-Indien.

Seine Kaiserliche Majestät der Schah von Persien:

Mirza Mahmud Khan, Sekretär der persischen Gesandtschaft im Haag;

Der Präsident der Portugiesischen Republik:

Seine Excellenz Herrn Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister im Haag;

Seine Majestät der Kaiser aller Rußen:

Seine Excellenz Herrn Alexander Savinski, Ihren Zeremonienmeister, Wirklichen Staatsrat, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm;

Seine Majestät der König von Siam:

Seine Excellenz Phya Atharaj Paradhara, Ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in London, im Haag und in Brüssel;
 Herrn Wm. J. Archer, G. M. G., Ihren Legationsrat,

welche, nach Hinterlegung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgendes übereingekommen sind:

Kapitel I.

Rohopium.

Definition: Unter Rohopium ist zu verstehen:

Der aus den Kapseln des Schlafmohns (*Papaver somniferum*) gewonnene, freiwillig geronnene Milchsaft, der nur die für seine Verpackung und seinen Versand erforderliche Behandlung erfahren hat.

Artikel 1.

Die Vertragsmächte werden Gesetze oder Verordnungen zu einer wirksamen Überwachung der Erzeugung und des Verkehrs des Rohopiums erlassen, sofern die bestehenden Gesetze oder Verordnungen nicht bereits entsprechende Bestimmungen enthalten.

Artikel 2.

Die Vertragsmächte werden, soweit es die besonderen Verhältnisse ihrer Handelsbeziehungen gestatten, die Zahl der Städte, Häfen oder sonstigen Ortschaften, über welche die Ausfuhr oder die Einfuhr von Rohopium gestattet sein soll, beschränken.

Artikel 3.

Die Vertragsmächte werden Maßregeln treffen:

- a) um die Ausfuhr von Rohopium nach Ländern zu verhindern, die dessen Einfuhr verboten haben, und
- b) um die Ausfuhr von Rohopium nach Ländern zu überwachen, die dessen Einfuhr beschränken, sofern nicht bereits entsprechende Vorschriften bestehen.

Artikel 4.

Die Vertragsmächte werden Verordnungen erlassen, nach denen jedes Paket, das zur Ausfuhr bestimmtes Rohopium enthält, in einer seinen Inhalt angehenden Weise gekennzeichnet sein muß, sofern die Sendung das Gewicht von 5 kg übersteigt.

Artikel 5.

Die Vertragsmächte werden nur gehörig ermächtigten Personen die Einfuhr und Ausfuhr von Rohopium gestatten.

Kapitel II.

Zubereitetes Opium.

Definition: Unter zubereitetem Opium ist zu verstehen:

Das Erzeugnis des Rohopiums, welches durch eine Reihe eigenartiger Verfahren, insbesondere durch Auflösen, Eindampfen, Rösten, Vergärenlassen, gewonnen ist, die den Zweck haben, das Rohopium in ein zum Genuß geeignetes Extrakt umzuwandeln.

Unter den Begriff des zubereiteten Opiums fallen auch der sogenannte Droß und alle andern Rückstände von Rauchopium.

Artikel 6.

Die Vertragsmächte werden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern Maßregeln zum Zwecke der allmählichen und wirksamen Unterdrückung der Herstellung, des Verkehrs im Inland und der Verwendung von zubereitetem Opium treffen, sofern nicht bereits entsprechende Bestimmungen bestehen.

Artikel 7.

Die Vertragsmächte werden die Einfuhr und Ausfuhr von zubereitetem Opium verbieten; diejenigen Mächte, welche zu einem sofortigen Verbote der Ausfuhr des zubereiteten Opiums noch nicht in der Lage sind, werden das Verbot sobald als möglich erlassen.

Artikel 8.

Die Vertragsmächte, die zu einem sofortigen Verbote der Ausfuhr des zubereiteten Opiums noch nicht in der Lage sind, werden

- a) die Zahl der Städte, Häfen, oder sonstigen Ortschaften beschränken, über welche zubereitetes Opium ausgeführt werden darf;
- b) die Ausfuhr von zubereitetem Opium nach Ländern verhindern, die gegenwärtig die Einfuhr untersagen oder in Zukunft untersagen werden;
- c) im übrigen die Versendung von zubereitetem Opium nach Ländern verbieten, welche die Einfuhr zu beschränken wünschen, sofern sich der Versender nicht nach den Vorschriften des Einfuhrlandes richtet;
- d) Bestimmungen erlassen, nach denen jede zur Ausfuhr gelangende Sendung, die zubereitetes Opium enthält, ein besonderes, ihren Inhalt angegebendes Kennzeichen tragen muß;
- e) die Ausfuhr von zubereitetem Opium nur besonders dazu ermächtigten Personen gestatten.

Kapitel III.

Opium, für medizinische Zwecke, Morphin, Kokain usw.

Definition: Unter Opium für medizinische Zwecke ist zu verstehen:

Rohopium, das auf 60° C erwärmt worden ist und nicht weniger als 10 v. H. Morphin enthält, auch gepulvert oder granuliert oder mit neutralen Stoffen gemischt.

Unter Morphin ist zu verstehen:

Das Hauptalkaloid des Opiums mit der chemischen Formel $C_{17} H_{19} NO_3$.

Unter Kokain ist zu verstehen:

Das Hauptalkaloid der Blätter von Erythroxylon Coca mit der Formel $C_{17} H_{21} NO_4$.

Unter Heroin ist zu verstehen:

Das Diazetylmorphin mit der Formel $C_{21} H_{23} NO_5$.

Artikel 9.

Die Vertragsmächte werden Gesetze oder Verordnungen über das Apothekenwesen erlassen, durch welche die Herstellung, der Verkauf und die Verwendung von Morphin, Kokain und deren Salzen auf den medizinischen und gesetzmäßigen Gebrauch beschränkt wird, sofern die bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht bereits entsprechende Bestimmungen enthalten. Sie werden gemeinsam darauf hinarbeiten, um den Gebrauch dieser Stoffe für andere Zwecke zu verhindern.

Artikel 10.

Die Vertragsmächte werden bemüht sein, alle Personen, welche Morphin, Kokain oder deren Salze herstellen, einführen verkaufen, vertreiben und ausführen, sowie die Gebäude, in denen sie dieses Gewerbe oder diesen Handel ausüben, zu überwachen oder deren Überwachung zu veranlassen.

Zu diesem Zwecke werden die Vertragsmächte bemüht sein, die folgenden Maßregeln zu treffen oder zu veranlassen, sofern nicht bereits entsprechende Bestimmungen bestehen:

- a) die Herstellung von Morphin, Kokain und deren Salzen auf die Betriebe und Ortschaften zu beschränken, für die eine Ermächtigung erteilt ist, oder sich über die Betriebe und Ortschaften zu unterrichten, in denen diese Stoffe hergestellt werden, und hierüber ein Register zu führen;
- b) zu verlangen, daß alle, welche Morphin, Kokain und deren Salze herstellen, einführen, verkaufen, vertreiben und ausführen, eine Ermächtigung oder Erlaubnis hierzu besitzen oder den zuständigen Behörden eine amtliche Anzeige machen;
- c) von diesen Personen zu verlangen, daß sie über die hergestellten Mengen die Einfuhr, den Verkauf, jede andere Abgabe und die Ausfuhr von Morphin, Kokain und deren Salzen Buch führen. Diese Vorschrift gilt nicht notwendigerweise für die ärztlichen Rezepte und für die Verkäufe seitens der gehörig ermächtigten Apotheker.

Artikel 11.

Die Vertragsmächte werden Maßregeln treffen, um im Inlandverkehre jede Abgabe von Morphin, Kokain und deren Salzen an alle nicht ermächtigten Personen zu verhindern, sofern nicht bereits entsprechende Bestimmungen bestehen.

Artikel 12.

Die Vertragsmächte werden bemüht sein, soweit es die besonderen Verhältnisse ihres Landes gestatten, die Einfuhr von Morphin, Kokain und deren Salzen auf die hierzu ermächtigten Personen zu beschränken.

Artikel 13.

Die Vertragsmächte werden bemüht sein, Maßregeln zu treffen oder zu veranlassen, nach denen die Ausfuhr von Morphin, Kokain und deren Salzen aus ihren Ländern, Besitzungen, Kolonien und Pachtgebieten nach den Ländern, Besitzungen, Kolonien und Pachtgebieten der anderen Vertragsmächte nur an Personen gestattet ist, welche die durch die Gesetze oder Verordnungen des Einfuhrlandes dafür vorgesehene Ermächtigung oder Erlaubnis erhalten haben.

Zu diesem Zwecke bleibt es jeder Regierung vorbehalten, von Zeit zu Zeit den Regierungen der Ausfuhrländer Listen der Personen zu übermitteln, denen die Ermächtigung oder Erlaubnis zur Einfuhr von Morphin, Kokain und deren Salzen gewährt worden ist.

Artikel 14.

Die Vertragsmächte werden die auf die Herstellung, die Einfuhr, den Verkauf oder die Ausfuhr von Morphin, Kokain und deren Salzen bezüglichen Gesetze und Verordnungen in Anwendung bringen:

- a) auf das Opium für medizinische Zwecke;
- b) auf alle pharmazeutischen Zubereitungen (offizinelle und nichtoffizinelle, einschließlich der sogenannten Antiopiummittel), welche mehr als 0,2 v. H. Morphin oder mehr als 0,1 v. H. Kokain enthalten;
- c) auf Heroin, seine Salze und seine Zubereitungen, welche mehr als 0,1 v. H. Heroin enthalten;
- d) auf jeden neuen Abkömmling des Morphins, Kokains oder ihrer Salze oder auf jedes andere Alkaloid des Opiums, die nach dem Ergebnis allgemein anerkannter wissenschaftlicher Untersuchungen zu ähnlichem Mißbrauch Anlaß geben und die gleichen schädlichen Wirkungen zur Folge haben können.

Kapitel IV.**Artikel 15.**

Die Vertragsmächte, die mit China im Vertragsverhältnisse stehen (Treaty Powers) werden im Einvernehmen mit der chinesischen Regierung die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den Schmuggel mit Rohopium, zubereitetem Opium, Morphin, Kokain und deren Salzen sowie mit den im Artikel 14 dieses Abkommens genannten Stoffen sowohl nach chinesischem Gebiete wie auch nach ihren ostasiatischen Kolonien und ihren chinesischen Pachtgebieten zu verhindern. Die chinesische Regierung wird ihrerseits entsprechende Maßregeln zur Unterdrückung des Schmuggelhandels mit Opium und den übrigen vor- genannten Stoffen von China nach den fremden Kolonien und Schutzgebieten treffen.

Artikel 16.

Die chinesische Regierung wird für ihre Staatsangehörigen pharmazeutische Gesetze erlassen, die den Verkauf und den Vertrieb von Morphin, Kokain, deren Salzen und den im Artikel 14 dieses Abkommens erwähnten Stoffen regeln, und den Regierungen der Vertragsmächte mit China durch Vermittlung ihrer diplomatischen Vertreter in Peking mitteilen. Die Vertragsmächte, die mit China im Vertragsverhältnisse stehen, werden diese Gesetze prüfen, und, wenn sie sie annehmbar finden, die nötigen Schritte tun, um sie auf ihre in China ansässigen Staatsangehörigen in Anwendung zu bringen.

Artikel 17.

Die Vertragsmächte, die mit China im Vertragsverhältnisse stehen, werden es sich angelegen sein lassen, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um die Gewohnheit des Opiumrauchens in ihren

Pachtgebieten, Niederlassungen und Konzessionen in China einzuschränken und zu überwachen, *pari passu* mit der chinesischen Regierung die Opiumhöhlen oder ähnliche Anstalten, die dort noch bestehen könnten, zu unterdrücken und die Verwendung des Opiums in den Vergnügungslokalen und den öffentlichen Häusern zu verhindern.

Artikel 18.

Die Vertragsmächte, die mit China im Vertragsverhältnisse stehen, werden *pari passu* mit den zu dem gleichen Zwecke von der chinesischen Regierung zu treffenden wirksamen Maßnahmen ebensolche Maßregeln treffen, um allmählich die Zahl der Verkaufsläden für Rohopium und zubereitetes Opium, soweit solche noch in ihren Pachtgebieten, Niederlassungen und Konzessionen in China vorhanden sein sollten, herabzumindern. Sie werden ferner wirksame Maßregeln zur Einschränkung und Überwachung des Opiumkleinhandels in den Pachtgebieten, Niederlassungen und Konzessionen treffen, sofern nicht bereits entsprechende Bestimmungen bestehen.

Artikel 19.

Die Vertragsmächte, die Postämter in China unterhalten, werden wirksame Maßnahmen treffen, um die gesetzwidrige Einfuhr von Rohopium und zubereitetem Opium, Morphin, Kokain und deren Salzen sowie der anderen im Artikel 14 dieses Abkommens erwähnten Stoffe nach China in Postpaketen gleichwie auch die gesetzwidrige Übersendung von einem Orte Chinas nach einem anderen durch Vermittelung dieser Postämter zu untersagen.

Kapitel V.

Artikel 20.

Die Vertragsmächte werden die Frage prüfen, ob es möglich ist, Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, die den gesetzwidrigen Besitz von Rohopium, zubereitetem Opium, Morphin, Kokain und deren Salzen unter Strafe stellen, sofern die bestehenden Gesetze oder Verordnungen nicht bereits entsprechende Bestimmungen enthalten.

Artikel 21.

Die Vertragsmächte werden sich durch Vermittelung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten der Niederlande gegenseitig mitteilen:

- a) den Wortlaut der die Gegenstände dieses Abkommens betreffenden Gesetze und Verwaltungsverordnungen, die bereits bestehen oder auf Grund dieses Abkommens erlassen werden;
- b) statistische Angaben über den Handel mit Rohopium, zubereitetem Opium, Morphin, Kokain und deren Salze sowie den anderen in diesem Abkommen erwähnten Stoffen, ihren Salzen oder Zubereitungen.

Diese Angaben werden so eingehend und schnell, als thunlich erachtet wird, mitgeteilt werden.

Kapitel VI.

Schlußbestimmungen.

Artikel 22.

Den auf der Konferenz nicht vertretenen Mächten steht es frei, dieses Abkommen zu zeichnen. Zu diesem Zwecke wird die Regierung der Niederlande unverzüglich nach der Zeichnung des Abkommens durch die Bevollmächtigten der an der Konferenz beteiligten Mächte alle nicht auf der Konferenz vertretenen Mächte Europas und Amerikas, nämlich:

die Republik Argentinien, Osterreich-Ungarn, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Columbien, Costa-Rica, die Republik Cuba, Dänemark, die Dominikanische Republik, die Republik Ecuador, Spanien, Griechenland, Guatemala, die Republik Haiti, Honduras, Luxemburg, Mexiko, Montenegro, Nicaragua, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Rumänien, Salvador, Serbien, Schweden, die Schweiz, die Türkei, Uruguay, die Vereinigten Staaten von Venezuela, auffordern, einen mit den nötigen Vollmachten ausgestatteten Vertreter zu benennen, um im Haag das Abkommen zu zeichnen.

Das Abkommen wird mit diesen Unterschriften in Form eines „Zeichnungsprotokolls der auf der Konferenz nicht vertretenen Mächte“ versehen werden, das unter Angabe des Tages jeder Zeichnung den Zeichnungen der vertretenen Mächte angefügt wird.

Die Regierung der Niederlande wird jeden Monat allen Signatarmächten von jeder späteren Zeichnung Mitteilung machen.

Artikel 23.

Nachdem alle Mächte für sich sowie für ihre Besitzungen, Kolonien, Protektorate und Pachtgebiete das Abkommen oder das vorerwähnte Ergänzungsprotokoll gezeichnet haben, wird die Regierung der Niederlande alle Mächte auffordern, das Abkommen nebst dem Protokoll zu ratifizieren.

Für den Fall, daß die Zeichnung seitens aller aufgeförderten Mächte nicht bis zum 31. Dezember 1912 erfolgt ist, wird die Regierung der Niederlande unverzüglich die Signatarmächte einladen, Vertreter zu benennen, die im Haag die Frage zu prüfen haben, ob es angängig ist, trotzdem ihre Ratifikationsurkunden zu hinterlegen.

Die Ratifikation wird in einer möglichst kurzen Frist erfolgen und im Haag, im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten hinterlegt werden.

Die Regierung der Niederlande wird jeden Monat den Signatarmächten die Ratifikationen, die sie in der Zwischenzeit erhalten hat, mitteilen.

Sobald die Regierung der Niederlande die Ratifikationen aller Signatarmächte für sie selbst wie für ihre Kolonien, Besitzungen, Protektorate und Pachtgebiete erhalten hat, wird sie allen Mächten, die das Abkommen ratifiziert haben, den Tag mitteilen, an welchem sie die letzte Ratifikationsurkunde erhalten hat.

Artikel 24.

Dieses Abkommen tritt drei Monate nach dem Tage in Kraft, welcher in der im letzten Absatz des vorhergehenden Artikels bezeichneten Anzeige der Regierung der Niederlande genannt ist.

Bezüglich der in diesem Abkommen vorgesehenen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Maßregeln besteht Einverständnis darüber, daß die zu diesem Zwecke erforderlichen Entwürfe spätestens sechs Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens ausgearbeitet werden. Was die Gesetze betrifft, so werden sie gleichfalls durch die Regierungen ihren Parlamenten oder gesetzgebenden Körperschaften in derselben Frist von sechs Monaten, jedenfalls aber in der ersten, nach Ablauf dieser Frist stattfindenden Tagung vorgelegt werden.

Der Zeitpunkt, an welchem diese Gesetze, Verordnungen oder Maßregeln in Kraft treten, wird von den Vertragsmächten auf den Vorschlag der Regierung der Niederlande vereinbart werden.

Falls sich Fragen bezüglich der Ratifikation dieses Abkommens oder des Inkrafttretens des Abkommens oder der Gesetze, Verordnungen und Maßregeln, welche sie zur Folge hat, ergeben sollten, so wird die Regierung der Niederlande, wenn diese Fragen nicht auf andere Weise gelöst werden können, alle Vertragsmächte auffordern, Vertreter zu bezeichnen, die zur Erzielung eines unmittelbaren Einverständnisses über diese Fragen im Haag zusammentreten sollen.

Artikel 25.

Sollte eine der Vertragsmächte dieses Abkommen kündigen wollen, so soll die Kündigung schriftlich der Regierung der Niederlande erklärt werden, die unverzüglich eine beglaubigte Abschrift der Erklärung allen anderen Mächten unter Angabe des Tages des Empfanges mitteilen wird.

Die Kündigung soll nur in Ansehung der Macht, die sie erklärt hat, und erst ein Jahr, nachdem die Erklärung bei der Regierung der Niederlande eingegangen ist, wirksam werden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihren Unterschriften versehen.

Geschehen im Haag am 23. Januar 1912

in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv der Regierung der Niederlande hinterlegt bleiben soll und von der beglaubigte Abschriften auf diplomatischem Wege allen auf der Konferenz vertretenen Mächten übermittelt werden sollen.

Für Deutschland: { F. v. Müller
Delbrück
Grunenwald.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: { Charles S. Brent
Hamilton Bright
Henry S. Finger.

Für China: Liang Ch'eng.

Für Frankreich: H. Brenier. { Unter Vorbehalt für die Französischen Protektorate gegebenenfalls getrennt und besonders zu ratifizieren oder zu kündigen.

Für Großbritannien: { W. S. Meyer
W. G. May-Müller
William Job Collins.

Unter Vorbehalt der nachstehenden Erklärung:

Die Artikel dieses Abkommens sollen, sofern es durch die Regierung Seiner Britischen Majestät ratifiziert wird, auf das Kaiserlich Britisch-Indien, Ceylon, die Straits Settlements, Hongkong und Wei-hai-wei in jeder Beziehung in gleicher Weise Anwendung finden wie auf das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland; die Regierung Seiner Britischen Majestät behält sich indessen das Recht vor, das Abkommen für Ihre Selbstverwaltungskolonien sowie die übrigen Kolonien, abhängigen Gebiete oder Protektorate besonders zu zeichnen oder zu kündigen.

Für Italien: G. de la Tour Calvello.

Für Japan: { Nimaro Sato
Tomoe Takagi
Rotaro Nishizaki.

Für die Niederlande: { J. L. Cremer
C. Th. van Deventer
A. A. de Jongh
J. G. Scheurer.

Für Persien: Mirza Mahmoud Khan.

Unter Vorbehalt der Artikel 15, 16, 17, 18 und 19 (da Persien mit China nicht im Vertragsverhältnisse steht) und des Paragraphen a des Artikels 3.

Für Portugal: Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.

Für Rußland: A. Savinsky.

Für Siam: { Akharaj Varadhara
Wm. S. Archer. { Unter Vorbehalt der Artikel 15, 16, 17, 18 und 19, da Siam mit China nicht im Vertragsverhältnisse steht.

Convention internationale de l'opium.

Sa Majesté L'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au Nom de L'Empire Allemand; le Président des États-Unis d'Amérique; sa Majesté L'Empereur de Chine; le Président de la République Française; sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes; sa Majesté le Roi d'Italie; sa Majesté L'Empereur du Japon; sa Majesté la Reine des Pays-Bas; sa Majesté Impériale le Schah de Perse; le Président de la République Portugaise; sa Majesté L'Empereur de Toutes les Russies; sa Majesté le Roi de Siam,

désirant marquer un pas de plus dans la voie ouverte par la Commission Internationale de Shanghai de 1909;

résolus à poursuivre la suppression progressive de l'abus de l'opium, de la morphine, de la cocaïne ainsi que des drogues préparées ou dérivées de ces substances donnant lieu, ou pouvant donner lieu, à des abus analogues;

considérant la nécessité et le profit mutuel d'une entente internationale sur ce point;

convaincus qu'ils rencontreront dans cet effort humanitaire l'adhésion unanime de tous les États intéressés;

ont résolu de conclure une Convention à cet effet, et ont nommé pour Leur Plénipotentiaires, à savoir:

Sa Majesté L'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse:

Son Excellence M. Félix de Müller, Son conseiller intime actuel, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la Haye;

M. Delbrück, Son conseiller supérieur intime de Régence;

M. le Dr. Grunenwald, Son conseiller actuel de légation;

M. le Dr. Kerp, Son conseiller intime de Régence, directeur à l'Office Impérial de santé;

M. le Dr. Rössler, consul Impérial à Canton.

Le Président des États-Unis d'Amérique:

M. l'Evêque Charles H. Brent;

M. Hamilton Wright;

M. H. J. Finger.

Sa Majesté L'Empereur de Chine:

Son Excellence M. Liang Ch'eng, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Berlin.

Le Président de la République Française:

M. Henri Brenier, inspecteur, conseil des services agricoles et commerciaux l'Indo-Chine;

M. Pierre Guesde, administrateur des services civils de l'Indo-Chine.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes:

The Right-Honourable Sir Cecil Clementi Smith, G. C. M. G., membre du conseil privé;

Sir William Stevenson Meyer, K. C. I. E., secrétaire en chef du Gouvernement de Madras;

M. William Grenfell Max-Müller, C. B., M. V. O., Son conseiller d'ambassade;

Sir William Job Collins, M. D., deputy-lieutenant du Comté de Londres.

Sa Majesté le Roi d'Italie:

Son Excellence M. le Comte J. Sallier de la Tour, Duc de Calvello, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la Haye;

M. le Professeur Rocco Santoliquido, député au parlement, directeur-général de la santé publique.

Sa Majesté L'Empereur du Japon:

Son Excellence M. Aimaro Sato, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la Haye;

M. le Dr. Tomoe Takagi, ingénieur du Gouvernement-général de Formose;

M. le Dr. Kotaro Nishizaki, spécialiste technique, attaché au laboratoire des services hygiéniques.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas :

M. J. T. Cremer, Son ancien ministre des colonies, président de la compagnie néerlandaise de commerce ;

M. C. Th. van Deventer, membre de la première chambre des États-Généraux ;

M. A. A. de Jongh, ancien inspecteur-général, chef du service de la régie de l'opium aux Indes néerlandaises ;

M. J. G. Scheurer, membre de la seconde chambre des États-Généraux ;

M. W. G. van Wettum, inspecteur de la régie de l'opium aux Indes néerlandaises.

Sa Majesté Impériale le Schah de Perse :

Mirza Mahmoud Khan, secrétaire de la légation de Perse à la Haye.

Le Président de la République Portugaise :

Son Excellence M. Antonio Maria Bartholomeu Ferreira, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à la Haye.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies :

Son Excellence M. Alexandre Savinsky, Son maître de cérémonies, Son conseiller d'état actuel, Son envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Stockholm.

Sa Majesté le Roi de Siam :

Son Excellence Phya Akharaj Varadhara, Son envoyé extraordinaire et ministre à Londres, la Haye et Bruxelles ;

M. Wm. J. Archer, C. M. G., Son conseiller de légation,

lesquels, après avoir déposé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus, de ce qui suit.

Chapitre I.

Opium brut.

Definition: Par Opium brut on entend :

Le suc, coagulé soptaniment, obtenu des capsules du pavot somnifère (*Papaver somniferum*), et n'ayant subi que les manipulations nécessaires à son emballage et à son transport.

Article Premier.

Les Puissances Contractantes éditeront des lois ou des règlements efficaces pour le contrôle de la production et de la distribution de l'opium brut, à moins que des lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière.

Article 2.

Les Puissances Contractantes limiteront, en tenant compte des différences de leurs conditions commerciales, le nombre des villes, ports ou autres localités par lesquels l'exportation ou l'importation de l'opium brut sera permise.

Article 3.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures :

- a) pour empêcher l'exportation de l'opium brut vers les pays qui en auront prohibé l'entrée, et
- b) pour contrôler l'exportation de l'opium vers les pays qui en limitent l'importation, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 4.

Les Puissances Contractantes éditeront des règlements prévoyant que chaque colis contenant de l'opium brut destiné à l'exportation sera marqué de manière à indiquer son contenu, pourvu que l'envoi excède 5 kilogrammes.

Article 5.

Les Puissances Contractantes ne permettront l'importation et l'exportation de l'opium brut que par des personnes dûment autorisées.

Chapitre II.*Opium préparé.*

Définition. Par opium préparé on entend :

Le produit de l'opium brut, obtenu par une série d'opérations spéciales, et en particulier par la dissolution, l'ébullition, le grillage et la fermentation, et ayant pour but de le transformer en extrait propre à la consommation.

L'opium préparé comprend le dross et tous autres résidus de l'opium fumé.

Article 6.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures pour la suppression graduelle et efficace de la fabrication, du commerce intérieur et de l'usage de l'opium préparé, dans la limite des conditions différentes propres à chaque pays, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 7.

Les Puissances Contractantes prohiberont l'importation et l'exportation de l'opium préparé; toutefois, celles qui ne sont pas encore prêtes à prohiber immédiatement l'exportation de l'opium préparé, la prohiberont aussitôt que possible.

Article 8.

Les Puissances Contractantes qui ne sont pas encore prêtes à prohiber immédiatement l'exportation de l'opium préparé :

- a) restreindront le nombre des villes, ports ou autres localités par lesquels l'opium préparé pourra être exporté;
- b) prohiberont l'exportation de l'opium préparé vers les pays qui en interdisent actuellement, ou pourront en interdire plus tard, l'importation;
- c) défendront, en attendant, qu'aucun opium préparé soit envoyé à un pays qui désire en restreindre l'entrée, à moins que l'exportateur ne se conforme aux règlements du pays importateur;
- d) prendront des mesures pour que chaque colis exporté, contenant de l'opium préparé, porte une marque spéciale indiquant la nature de son contenu;
- e) ne permettront l'exportation, de l'opium préparé que par des personnes spécialement autorisées.

Chapitre III.*Opium médicinal, morphine, cocaine etc.*

Définition: Par opium médicinal on entend :

l'opium brut qui a été chauffé à 60 centigrades et ne contient pas moins de 10 pour cent de morphine, qu'il soit ou non en poudre ou granulé, ou mélangé avec des matières neutres.

Par morphine on entend :

le principal alcaloïde de l'opium, ayant la formule chimique $C_{17} H_{19} NO_3$.

Par cocaine on entend :

le principal alcaloïde des feuilles de l'Érythroxyton Coca, ayant la formule $C_{17} H_{21} NO_4$.

Par héroïne on entend :

la diacetyl-morphine, ayant la formule $C_{21} H_{23} NO_5$.

Article 9.

Les Puissances Contractantes édicteront des lois ou des règlements sur la pharmacie de façon à limiter la fabrication, la vente et l'emploi de la morphine, de la cocaine et de leurs

sels respectifs aux seuls usages médicaux et légitimes, à moins que des lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière. Elles coopéreront entr'elles afin d'empêcher l'usage de ces drogues pour tout autre objet.

Article 10.

Les Puissances Contractantes s'efforceront de contrôler, ou de faire contrôler, tous ceux qui fabriquent, importent, vendent, distribuent et exportent la morphine, la cocaïne et leurs sels respectifs, ainsi que les bâtiments où ces personnes exercent cette industrie ou ce commerce.

A cet effet, les Puissances Contractantes s'efforceront d'adapter, ou de faire adapter, les mesures suivantes, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière :

- a) limiter aux seuls établissements et locaux qui auront été autorisés à cet effet la fabrication de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, ou se renseigner sur les établissements et locaux où ces drogues sont fabriquées, et en tenir un registre.
- b) exiger que tous ceux qui fabriquent, importent, vendent, distribuent et exportent la morphine, la cocaïne et leurs sels respectifs soient munis d'une autorisation ou d'un permis pour se livrer à ces opérations, ou en fassent une déclaration officielle aux autorités compétentes.
- c) exiger de ces personnes la consignation sur leurs livres des quantités fabriquées, des importations, des ventes, de toute autre cession et des exportations de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs. Cette règle ne s'appliquera pas forcément aux prescriptions médicales et aux ventes faites par des pharmaciens dûment autorisés.

Article 11.

Les Puissances Contractantes prendront des mesures pour prohiber dans leur commerce intérieur toute cession de morphine, de cocaïne et de leurs sels respectifs à toutes personnes non autorisées, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 12.

Les Puissances Contractantes, en tenant compte des différences de leurs conditions, s'efforceront de restreindre aux personnes autorisées l'importation de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs.

Article 13.

Les Puissances Contractantes s'efforceront d'adopter, ou de faire adopter, des mesures pour que l'exportation de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs de leurs pays, possessions, colonies et territoires à bail vers les pays, possessions, colonies et territoires à bail des autres Puissances Contractantes n'ait lieu qu'à la destination de personnes ayant reçu les autorisations ou permis prévus par les lois ou règlements du pays importateur.

A cet effet tout Gouvernement pourra communiquer, de temps en temps, aux Gouvernements des pays exportateurs des listes des personnes auxquelles des autorisations ou permis d'importation de morphine, de cocaïne et de leurs sels respectifs auront été accordés.

Article 14.

Les Puissances Contractantes appliqueront les lois et règlements de fabrication, d'importation, de vente ou d'exportation de la morphine, de la cocaïne, et de leurs sels respectifs :

- a) à l'opium médicinal;
- b) à toutes les préparations (officinales et non-officinales, y compris les remèdes dits anti-opium) contenant plus de 0,2 % de morphine ou plus de 0,1 % de cocaïne;
- c) à l'héroïne, ses sels et préparations contenant plus de 0,1 % d'héroïne;

d) à tout nouveau dérivé de la morphine, de la cocaïne ou de leurs sels respectifs, ou à tout autre alcaloïde de l'opium, qui pourrait à la suite de recherches scientifiques, généralement reconnues, donner lieu à des abus analogues et avoir pour résultat les mêmes effets nuisibles.

Chapitre IV.

Article 15.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine (Treaty Powers) prendront, de concert avec le Gouvernement chinois, les mesures nécessaires pour empêcher l'entrée en contrebande, tant sur le territoire chinois que dans leurs colonies d'Extrême Orient et sur les territoires à bail qu'ils occupent en Chine, de l'opium brut et préparé, de la morphine, de la cocaïne, et de leurs sels respectifs, ainsi que des substances visées à l'article 14 de la présente Convention. De son côté le Gouvernement chinois prendra des mesures analogues pour la suppression de la contrebande de l'opium et des autres substances visées ci-dessus, de la Chine vers les colonies étrangères et les territoires à bail.

Article 16.

Le Gouvernement chinois promulguera des lois pharmaceutiques pour ses sujets, réglant la vente et la distribution de la morphine, de la cocaïne, et de leurs sels respectifs et des substances visées à l'article 14 de la présente Convention, et communiquera ces lois aux Gouvernements ayant des traités avec la Chine, par l'intermédiaire de leurs représentants diplomatiques à Pékin. Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine examineront ces lois, et, si elles les trouvent acceptables, prendront les mesures nécessaires pour qu'elles soient appliquées à leurs nationaux résidant en Chine.

Article 17.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine entreprendront d'adopter les mesures nécessaires pour restreindre et pour contrôler l'habitude de fumer l'opium dans leurs territoires à bail „settlements“, et concessions en Chine, de supprimer pari passu avec le Gouvernement chinois les fumeries d'opium ou établissements semblables qui pourront y exister encore, et de prohiber l'usage de l'opium dans les maisons d'amusement et les maisons publiques.

Article 18.

Les Puissances Contractantes ayant des traités avec la Chine prendront des mesures effectives pour la réduction graduelle, pari passu avec les mesures effectives que le Gouvernement chinois prendra dans ce même but, du nombre des boutiques, destinées à la vente de l'opium brut et préparé, qui pourront encore exister dans leurs territoires à bail „settlements“ et concessions en Chine. Elles adopteront des mesures efficaces pour la restriction et le contrôle du commerce de détail de l'opium dans les territoires à bail, „settlements“ et concessions, à moins que des mesures existantes n'aient déjà réglé la matière.

Article 19.

Les Puissances Contractantes qui possèdent des bureaux de poste en Chine adopteront des mesures efficaces pour interdire l'importation illégale en Chine, sous forme de colis postal, tout aussi bien que la transmission illégale d'une localité de la Chine à une autre localité par l'intermédiaire de ces bureaux de l'opium, soit brut, soit préparé, de la morphine et de la cocaïne et de leurs sels respectifs et des autres substances visées à l'article 14 de la présente Convention.

Chapitre V.

Article 20.

Les Puissances Contractantes examineront la possibilité d'édicter des lois ou des règlements rendant passible de peines la possession illégale de l'opium brut, de l'opium préparé, de

la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, à moins que des lois ou des règlements existants n'aient déjà réglé la matière.

Article 21.

Les Puissances Contractantes se communiqueront, par l'intermédiaire du Ministère des Affaires Étrangères des Pays-Bas :

- a) les textes des lois et des règlements administratifs existants, concernant les matières visées par la présente Convention, ou édictés en vertu de ses clauses;
- b) des renseignements statistiques en ce qui concerne le commerce de l'opium brut, de l'opium préparé, de la morphine, de la cocaïne et de leurs sels respectifs, ainsi que des autres drogues, ou leurs sels, ou préparations, visés par la présente Convention.

Ces statistiques seront fournies avec autant de détails et dans un délai aussi bref que l'on considérera comme possibles.

Chapitre VI.

Dispositions finales.

Article 22.

Les Puissances non représentées à la Conférence seront admises à signer la présente Convention.

Dans ce but, le Gouvernement des Pays-Bas invitera, immédiatement après la signature de la Convention par les Plénipotentiaires des Puissances qui ont pris part à la Conférence, toutes les Puissances de l'Europe et de l'Amérique non représentées à la Conférence, à savoir :

La République Argentine; l'Autriche-Hongrie; la Belgique; la Bolivie; le Brésil; la Bulgarie; le Chili; la Colombie; le Costa Rica; la République de Cuba; le Danemark; la République Dominicaine; la République de l'Equateur; l'Espagne; la Grèce; le Guatemala; la République d'Haiti; le Honduras; le Luxembourg; le Mexique; le Monténégro; le Nicaragua; la Norvège; le Panama; le Paraguay; le Pérou; la Roumanie; le Salvador; la Serbie; la Suède; la Suisse; la Turquie; l'Uruguay; les États-Unis du Vénézuéla, à désigner un Délégué muni des pleins pouvoirs nécessaires pour signer, à la Haye, la Convention.

La Convention sera munie de ces signatures au moyen d'un „Protocole de signature des Puissances non représentées à la Conférence“ à ajouter après les signatures des Puissances représentées et mentionnant la date de chaque signature.

Le Gouvernement des Pays-Bas donnera tous les mois à toutes les Puissances signataires avis de chaque signature supplémentaire.

Article 23.

Après que toutes les Puissances, tant pour elles-mêmes que pour leurs possessions, colonies, protectorats et territoires à bail, auront signé la Convention ou le Protocole supplémentaire visé ci-dessus, le Gouvernement des Pays-Bas invitera toutes les Puissances à ratifier les Puissances avec ce Protocole.

Dans le cas où la signature de toutes les Puissances invitées n'aurait pas été obtenue à la date du 31 décembre 1912, le Gouvernement des Pays-Bas invitera immédiatement les Puissances signataires à cette date, à désigner des Délégués pour procéder, à la Haye, à l'examen de la possibilité de déposer néanmoins leurs ratifications.

La ratification sera faite dans un délai aussi court que possible et déposée à La Haye au Ministère des Affaires Étrangères.

Le Gouvernement des Pays-Bas donnera tous les mois avis aux Puissances signataires des ratifications qu'il aura reçues dans l'intervalle.

Aussitôt que les ratifications de toutes les Puissances signataires, tant pour elles-mêmes que pour leurs colonies, possessions, protectorats et territoires à bail, auront été reçues par le Gouvernement des Pays-Bas, celui-ci notifiera à toutes les Puissances qui auront ratifié la Convention la date à laquelle il aura reçu le dernier de ces actes de ratification.

Article 24.

La présente Convention entretra en vigueur trois mois après la date mentionnée dans la notification du Gouvernement des Pays-Bas, visée au dernier alinéa de l'article précédent.

A l'égard des lois, règlements et autres mesures, prévus par la présente Convention, il est convenu que les projets requis à cet effet seront rédigés au plus tard six mois après l'entrée en vigueur de la Convention. En ce qui concerne les lois, elles seront aussi proposées par les Gouvernements à leurs Parlements ou Corps Législatifs dans ce même délai de six mois, et en tout cas à la première session qui suivra l'expiration de ce délai.

La date à partir de laquelle ces lois, règlements ou mesures entreront en vigueur fera l'objet d'un accord entre les Puissances Contractantes sur la proposition du Gouvernement des Pays-Bas.

Dans le cas où des questions surgiraient relatives à la ratification de la présente Convention, ou à la mise en vigueur, soit de la Convention, soit des lois, règlements et mesures qu'elle comporte, le Gouvernement des Pays-Bas, si ces questions ne peuvent pas être résolues par d'autres moyens, invitera toutes les Puissances Contractantes à désigner des Délégués qui se réuniront à la Haye pour arriver à un accord immédiat sur ces questions.

Article 25.

S'il arrivait qu'une des Puissances Contractantes voulût dénoncer la présente Convention, la dénonciation sera notifiée par écrit au Gouvernement des Pays-Bas qui communiquera immédiatement copie certifiée conforme de la notification à toutes les autres Puissances, en leur faisant savoir la date à laquelle il l'a reçue.

La dénonciation ne produira ses effets qu'à l'égard de la Puissance qui l'aura notifiée et un an après que la notification en sera parvenue au Gouvernement des Pays-Bas.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires ont revêtu, la présente Convention de leurs signatures.

Fait à la Haye, le 23 janvier mil neuf cent douze, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement des Pays-Bas et dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique à toutes les Puissances représentées à la Conférence.

Pour l'Allemagne: { *F. de Müller*
Delbrück
Grunenwald.

Pour les États-Unis d'Amérique: { *Charles H. Brent*
Hamilton Wright
Henry J. Finger.

Pour la Chine: *Liang Ch'eng.*

Pour la France: *H. Brenier.* { *Sous réserve d'une ratification, ou d'une dénonciation,*
éventuellement séparée et spéciale en ce qui concerne
les Protectorats français.

Pour la Grande-Bretagne: { *W. S. Meyer*
W. G. Max-Müller
William Job Collins.

Pour l'Italie: *J. De la Tour Calvello.*

Pour le Japon: { *Aimaro Sato*
Tomoe Takagi
Kotaro Nishizaki.

Pour les Pays-Bas: { *J. T. Cremer*
C. Th. van Deventer
A. A. de Jongh
J. G. Scheurer.

Pour la Perse: *Mirza Mahmoud Khan* { Sous réserve des articles 15, 16, 17, 18
et 19 (la Perse n'ayant pas de traité avec la
Chine) et du paragraphe a) de l'article 3.

Pour le Portugal: *Antonio Maria Bartholomeu Ferreira.*

Pour la Russie: *A. Savinsky.*

Pour le Siam: { *Akharaj Varadhara* } Sous réserve des articles 15, 16, 17, 18 et 19
Wm. J. Archer. { le Siam n'ayant pas de traité avec la Chine.

Sous réserve de la déclaration suivante:

Les articles de la présente Convention, si elle est ratifiée par le Gouvernement de Sa Majesté Britannique, s'appliqueront à l'Empire des Indes Britannique, à Ceylan, aux Établissements des Détroits à Hong Kong et à Wei-hei-wei, sous tous les rapports de la même façon qu'ils s'appliqueront au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande; mais le Gouvernement de Sa Majesté Britannique se réserve le droit de signer ou de dénoncer séparément ladite Convention au nom de tout Dominion, Colonie, Dépendance ou Protectorat de Sa Majesté autre que ceux qui ont été spécifiés.

174 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Vorläufiges Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1923.

Vom 25. 4. 1923.

Der Senat wird ermächtigt:

1. bis zum Erlaß eines endgültigen Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1923 die Verwaltung der Freien Stadt Danzig auf Grund des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1921 und des vorläufigen Haushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1922 vom 30. August 1922 sowie der hierzu ergangenen Ergänzungsgesetze zu führen,

2. schwebende Schulden zur Beschaffung von Betriebsmitteln aufzunehmen, welche in den Grenzen der zu 1 bezeichneten Ermächtigung unter Berücksichtigung der eingetretenen Geldentwertung liegen.

Danzig, den 25. April 1923.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Ziohm.

Dr. Frank.

175 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Zweites vorläufiges Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1923.

Vom 9. 5. 1923.

Einziger Artikel.

Der Senat wird ermächtigt:

I. Folgende fortlaufende Ausgaben zu leisten:

a) im Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung für Notstandsbeihilfen für Beamte (Abschnitt I, Stelle 8)	555 000 M
b) im Haushaltsplan betreffend Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	1 000 000 M
1. außerordentliche Ergänzungszuschüsse (D. I, 8 c)	18 000 000 M
2. Baubeihilfen (D. I, 9)	297 705 M
3. Vergütung für einen Seefahrtshilfslehrer (E. I, 7 b)	30 000 M
4. Umzugskosten bei Berufungen von Lehrpersonen (E. I, 71)	
c) im Haushaltsplan der Verwaltung des Innern	
Polizeischule	
1. bauliche Instandsetzungskosten an den Gebäuden der Polizeischule (F. V, 1)	200 000 M
2. Unterhaltung des Unterkunftsgeräts, der Wäsche und Decken (F. V, 2)	1 150 000 M
3. für Straßenreinigungskosten, Kanal- und Müllabfuhrgebühren (F. V, 8)	200 000 M
4. Unterhaltung der Ausrüstung für die Beamten (F. VII, 1)	100 000 M
5. Unterhaltung der Fahrräder (F. VII, 2)	20 000 M
d) im Haushaltsplan der Justizverwaltung	
Unterhaltung der Justizgebäude mit Ausschluß der größeren Neubauten und Hauptinstandsetzungen (VIII)	2 400 000 M
e) im Haushaltsplan für Betriebe, Verkehr und Arbeit	
für Unterhaltung der freistaatlichen Fährten (IV, 2)	5 000 000 M
f) im Haushaltsplan der Steuerverwaltung	
1. Herstellung der Steuermarken (VI, 1)	30 000 000 M
2. an Postverwaltung für den Vertrieb der Steuermarken (VI, 2)	40 000 000 M
g) im Haushaltsplan der Zollverwaltung	
Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge, Gnadenpensionen, und zwar:	
1. Ruhegehälter für Beamte (I, 4 a)	1 000 000 M
2. gesetzliche Witwen- und Waisengelder (I, 4 b)	800 000 M

II. Folgende einmalige Ausgaben zu leisten:

a) im Haushaltsplan der Allgemeinen Verwaltung	
1. Fernsprechanlagen im Senatsgebäude (II. Rate) (V, 1)	2 200 000 M
2. Ausbau der Kellerräume im Senatsgebäude zu Lagerräumen der Beschaffungsstelle (V, 2 b)	2 500 000 M

b) im Haushaltsplan der **Geundheitsverwaltung**

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. Zuschuß für den Ausbau der Lungenheilstätte Zenkau (III. Rate) (XXX, 1) | 12 000 000 M |
| 2. Verlegung des Hygienischen Instituts und Herrichtung der neuen Räume (III. Rate) sowie Ankauf von Einrichtungsgegenständen und Wäscheankauf (XXX, 2) | 5 500 000 M |
| 3. Einrichtung eines Pestlaboratoriums beim Hygienischen Institut (XXX, 3) | 2 500 000 M |
| 4. Instandsetzung der Quarantäneanstalt Neufahrwasser (III. Rate) (XXX, 5) | 200 000 M |

c) im Haushaltsplan betr. **Wissenschaft, Kunst und Volksbildung**

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| Ergänzung der Lehrmittel und Beschaffung von Instrumenten für die Technische Hochschule (II. Rate) (H. I, 2) | 180 000 M |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|

d) im Haushaltsplan der **Verwaltung des Innern****Polizeiverwaltung**

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. für Herstellung eines Kanzleiraumes im Hauptdienstgebäude (K. I, a) | 100 000 M |
| 2. für Herstellung eines Raumes für die Botenmeisterei (K. I, b) | 100 000 M |
| 3. für die Instandsetzung der Kessel- und Heizungsanlage (K. I, c) | 2 000 000 M |
| 4. für die Einrichtung infolge Verlegung der Paßstelle (K. I, d) | 150 000 M |
| 5. für die Fertigstellung des Internierungslagers Neufähr (II. Rate) (K. I, e) | 600 000 M |
| 6. für die Innenausstattung: Bettgestelle nebst Ausrüstung, Handtücher, Kücheneinrichtung usw. (K. I, f) | 100 000 M |
| 7. zur Aufstellung und Herrichtung von Baracken zwecks Unterbringung des 11. Polizeireviers (II. Rate) (K. I, g) | 750 000 M |

Schutzpolizei

- | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. weitere außerordentliche Instandsetzung der Schutzpolizeikasernen (II. Rate) (K. II, 1) | 2 100 000 M |
| 2. Einrichtung von Dienstwohnungen in den Husarenkasernen I und II (II. Rate) (K. II, 1) | 6 000 000 M |
| 3. für die Einrichtung der Schießstände Saspe einschl. Aufbau der abgebrannten Wachbarade, Schaffung eines Munitions- und Geräteschuppens (K. II, 3) | 1 950 000 M |
| 4. für die Unterbringung eines Motorbootzuges im Fort Weichselmünde (K. II, 4) | 100 000 M |
| Schaffung eines festen Anlageplatzes für die Motorboote | 100 000 M |

Polizeischule

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. erste Ausstattung mit Bekleidung (II. Rate) (K. III, 1) | 4 790 000 M |
| 2. bauliche Aufwendungen für die Polizeischule (II. Rate) (K. III, 2) | 14 000 000 M |
| 3. Geräteausstattung:
Beschaffung von Unterkunftsgesamt (II. Rate) (K. III, 3 a) | 7 500 000 M |
| 4. erste Beschaffung von Lehr- und Anschauungsmitteln (K. III, 4) | 500 000 M |

Landjägererei

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------|-------------|
| 1. Ankauf von Dienstgebäuden für Landjägerbeamte (K. IV, 1) | 1 000 000 M |
| 2. Instandsetzung der vorhandenen staatseigenen Landjägergehöfte (K. IV, 2) | 350 000 M |

Statistisches Amt und Wahlamt.

- | | |
|----------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Kosten der Volkstagswahlen (K. V, 1) | 200 000 M |
| 2. Kosten einer Volks-, Berufs-, und Betriebszählung (K. V, 3) | 500 000 M |

e) im Haushaltsplan der **Justizverwaltung**

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 1. Erweiterungsbau des Gerichtsgefängnisses in Danzig (II. Rate) (X, 2) | 15 000 000 M |
| 2. Errichtung eines Jugendgefängnisses in Silberhammer (II. Rate) (X, 3) | 1 300 000 M |
| 3. für das Amtsgerichtsgebäude Neuteich (II. Rate) (X, 4) | 10 000 000 M |

2 000 000 M	4. Umbauarbeiten im Gerichtsgebäude Danzig zur Unterbringung des Obergerichts, Einrichtung von Zellen für Jugendliche und Einbau von Aborten für die Vorführungszellen (II. Rate) (X, 5)	2 000 000 M
		300 000 M
5 500 000 M	5. Instandsetzung der Blitzableiteranlage im Gerichtsgebäude Danzig (X, 6)	200 000 M
2 500 000 M	6. Instandsetzung der Blitzableiteranlage der Strafanstalt Danzig (X, 7) . .	
200 000 M	7. außerordentliche Instandsetzungen bezw. Erneuerung von Dächern der Strafanstalt in Danzig (X, 8)	2 000 000 M
	8. Errichtung einer Krankenstation für Männer im Gerichtsgefängnis Danzig (Baufkosten) (X, 9)	125 000 M
180 000 M	9. Aufstellung eines neuen Beckens nebst Spülvorrichtung und Rohranschluß im justiz-fiskalischen Wohnhaus, Schießtange Nr. 9 (X, 10)	140 000 M
	10. Einrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in den Zellen der Strafanstalt Tiegenhof (X, 11)	24 000 M
100 000 M	11. Neubeschaffung von Wäsche für die Gefangenen (X, 12)	16 491 000 M
100 000 M	f) im Haushaltsplan der öffentlichen Arbeiten	
2 000 000 M	zur Aufstockung des Mittelbaues des Altstädtischen Rathauses zur Herstellung von Büroräumen (II. Rate) (VI, 13)	12 000 000 M
150 000 M	g) im Haushaltsplan der Stenerverwaltung	
600 000 M	für die weitere Einrichtung (Umbau) der ehemaligen Kriegsschule (VII, 1) .	100 000 000 M
100 000 M	h) im Haushaltsplan der Zollverwaltung	
750 000 M	Kosten für die erste Einrichtung der im Aufbau begriffenen Zollverwaltung:	
	1. zur Wohnungsbeschaffung für die Zollbeamten und Einrichtung von Zollämtern an der Freistadtgrenze (XIII, 3 a)	100 000 000 M
2 100 000 M	2. Umbau der Sichorienfabrik Gütlland zu Wohnhäusern (XIII, 3 d)	14 000 000 M
6 000 000 M	3. Kosten der Umgestaltung einzelner Zollämter, desgl. infolge Umzugs eines Teils der hiesigen Zollverwaltung in die Reiterkaserne, hier, sowie für unvorhergesehene Ausgaben gleicher Art (XIII, 3 f)	10 000 000 M

Danzig, den 9. Mai 1923.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Ziehm. Dr. Frank.

176

Verordnung

betreffend Änderung der Telegraphengebühren im Verkehr mit Polen. Vom 15. 5. 1923.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Änderung der Telegraphengebühren vom 30. April 1921 (Gesetzbl. S. 47) wird nachstehende Verordnung erlassen:

Vom 15. Mai 1923 an beträgt die Telegrammgebühr im Verkehr mit Polen auf allen Entfernungen

a) bei gewöhnlichen Telegrammen 450 M für jedes Wort, mindestens 4 500 M,

b) bei Pressetelegrammen die Hälfte dieser Gebühren.

Die Verordnung betreffend Änderung der Telegraphengebühren im Verkehr mit Polen vom 28. April 1923 (Gesetzbl. S. 440) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Danzig, den 15. Mai 1923.

Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.

Zander.

Verordnung

betreffend Änderung der Fernsprechgebühren im Verkehr mit Polen. Vom 15. 5. 1923.

Auf Grund des § 11 des Fernsprechgebührengesetzes vom 17. September 1921 (Gesetzbl. S. 133 ff.) wird nachstehende Verordnung erlassen:

Vom 15. Mai 1923 an betragen die Fernsprechgebühren im Verkehr mit Polen für die Gesprächseinheit von 3 Minuten Dauer

für die Entfernung bis	25 km	1800 M
" " " "	50 "	3600 M
" " " "	100 "	5400 M

und für jede angefangenen weiteren 100 km 1800 M mehr. Überschreiten die Gespräche die Dauer von 3 Minuten, so wird die Gebühr für die überschießende Zeit nach unteilbaren Gesprächseinheiten von 3 Minuten berechnet.

Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben.

Die Entfernungen werden von Vermittlungsstelle zu Vermittlungsstelle nach der Luftlinie gemessen.

Die Verordnung betreffend Änderung der Ferngesprächsgebühren im Verkehr mit Polen vom 28. April 1923 (Gesetzbl. S. 440) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Danzig, den 15. Mai 1923.

Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.

Zander.